

# Prima Klima ohne Öl und Gas

Die GAL hat einen Masterplan „Energie und Klimaschutz“ aufgestellt. Bamberg könnte bis 2035 energieautark sein.

Bis zum Jahr 2037 will die niederbayerische Bezirkshauptstadt Landshut vollkommen energieautark sein – das heißt ihr Stadtgebiet vollständig durch erneuerbare Energien versorgen. Damit hat die erste kreisfreie Stadt in Bayern nach etlichen Gemeinden und Landkreisen wie Fürstentfeldbruck, Bad Tölz/Wolfratshausen, Miesbach, Starnberg oder Berchtesgadener Land einen 100-Prozent-Beschluss gefasst. Die GAL meint: ein gigantisch gutes Beispiel – und Vorbild für Stadt und Land Bamberg.

In einem Antrag vom 18. April des Jahres forderte die GAL-Stadtratsfraktion ebenfalls die Einführung und Umsetzung eines Masterplans „Energie und Klimaschutz“ mit dem Ziel einer 100-Prozent-Reduzierung und zwar – um noch ein bisschen ehrgeiziger als die Landshuter zu sein – sogar schon bis 2035. Dann sollen zusammen mit dem Landkreis Bamberg in kommunalen Liegenschaften und Anlagen keine fossilen Brennstoffe mehr ihre Kohlendioxid-Emissionen in die Luft blasen. Diese Selbstverpflichtung soll als Grundlage für alle künftigen Beschlü-



se und Vorhaben der Stadt in den Bereichen Verkehr, Stadtentwicklung und Bauen dienen und einmal im Jahr bilanziert werden.

Der acht Anträge umfassende Maßnahmenkatalog beginnt mit der Stadtverwaltung. Der städtische Fuhrpark könnte beispielsweise sukzessive auf pflanzenölbetriebene Fahrzeuge oder auf solche umgestellt werden,

die einen Abgasgrenzwert von höchstens 120 Gramm CO<sub>2</sub> pro gefahrenen Kilometer aufweisen. Städtische Mitarbeiter werden angehalten, für Dienstwege den ÖPNV, Fahrgemeinschaften oder das Jobticket zu nutzen. Durch eine verringerte Beleuchtungsintensität in den Nachtstunden soll bei der Straßenbeleuchtung gespart und in einem behördeninternen Wett-

bewerb jährlich das Amt mit der größten Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes belohnt werden. Außerdem soll sich die Stadtverwaltung verpflichten, weitestgehend Produkte regionaler Herkunft zu kaufen, um lange Lieferwege zu vermeiden.

Bei städtischen Liegenschaften soll nach dem Vorschlag der GAL der Bezug von Strom und Wärme auf regenerative

Energien beziehungsweise auf Kraft-Wärme-Kopplung (zum Beispiel auch zur Versorgung des ERBA-Geländes und weiterer neuer Baugebiete) aus den Netzen der Fernwärme GmbH oder des Zweckverbands Müllheizkraftwerk umgestellt werden. Besitzer denkmalgeschützter Gebäude sollen mit Architekturwettbewerben und finanziellen Zuschüssen dazu angeregt werden, ihre Häuser energetisch vorbildlich zu sanieren und damit zu Vorzeigebauwerken mit auch touristischer Anziehungskraft zu machen.

Weitere Maßnahmen sind eine energetisch modellhafte Bauleitplanung, die die Flächennutzungs- und Bebauungspläne als ökologisches Steuerungsinstrument einsetzt sowie eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) in der Stadt – wenn nötig, auch durch Einführung einer City-Maut. Hierzu muss nach Meinung der GAL auch der im Jahr 2002 beschlossene Bamberger Verkehrsentwicklungsplan, der noch eine Zunahme des MIV um 20 Prozent beinhaltet, den neuen Erkenntnissen angepasst werden. Diesem Ziel dienen außerdem eine op-

timale Gestaltung des ÖPNV-Netzes mit einer besseren Integration des Umlands und einer verbesserten Anbindung der Stadtbusse an Bahn und Regionalbusse sowie ein gut markiertes Rad- und Fußwegenetz mit einer größeren Zahl an Fahrradabstellplätzen in der Innenstadt und an den ÖPNV-Haltestellen – vor allem am Bahnhof! Weitere Handlungsziele: Schaffung einer unabhängigen kommunalen Energieberatungsstelle für bau- und sanierungswillige Bürger, die Visualisierung des Strom-, Wasser- und Heizenergieverbrauchs an Schulen, um Schüler, Lehrer und Eltern für das Thema zu sensibilisieren, und die Etablierung eines Clusters „Regionale Wertschöpfung durch regenerative Energien“ durch Stadt und Regionalmanagement der Wirtschaftsregion Bamberg-Forchheim (WIR). Denn vorsichtig gerechnet gehen durch den Import von Öl und Gas für Stadt und Landkreis Bamberg pro Jahr zwischen 140 und 180 Millionen Euro an Kaufkraft verloren – die beim Einsatz von regional erzeugten regenerativen Energien hier verbleiben könnten.

mac

## Eine Messung ist eine Messung ist eine Messung

Während andere Städte beginnen zu handeln, wird in Bamberg Feinstaub vor allem gemessen statt bekämpft

Ein sensationelles Urteil fällt das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig im September. Zum Schutz vor gesundheitsschädlichem Feinstaub haben Anwohner stark befahrener Straßen einen Rechtsanspruch auf Schutzmaßnahmen wie Verkehrsbeschränkungen. Geklagt hatte der Geschäftsführer der bayerischen Grünen, Dieter Jancek, der in München an einer der bundesweit am stärksten belasteten Straßen wohnt. Wie das Urteil nun tatsächlich umgesetzt wird, ist unklar.

Die Münchner Grünen fordern seit langem konkrete und wirksame Maßnahmen gegen die Feinstaubbelastung der MünchnerInnen – etwa ein generelles Tempolimit bei Überschreitung der Grenzwerte, autofreie Tage, Zufahrtsdosierung an der Stadtgrenze, Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in den Stadtteilzentren oder auch temporäre Sperren von Straßen zugunsten von Rad- und Fußverkehr.

Beschlossen wurde vom Münchner Stadtrat immerhin die Einführung einer Umweltzone im Stadtzentrum. Umweltzonen sind Gebiete, in denen nur Fahrzeuge fahren dürfen, wenn sie bestimmte Abgas-



Hauptquelle für Feinstaub: Autoauspuff.

Foto: Erich Weiß

Standards einhalten – sie werden mit Plaketten gekennzeichnet. Wagen mit hohen Emissionswerten, also Dieselfahrzeuge ohne Rußfilter und Wagen ohne Katalysator, dürfen nicht in die Umweltzonen.

Beispielsweise in Berlin, Schweinfurt oder Stuttgart sind solche Umweltzonen geplant. Allerdings verzögert sich das Unterfangen. Hintergrund sind Probleme der deutschen Städte

und Gemeinden, sich auf einheitliche Ausnahmeregelungen zu einigen, die möglichst und sinnvollerweise nicht in jeder Stadt anders gestaltet sein sollten. Als realistischer Termin für den Start der Umweltzone in München wird der Oktober 2008 anvisiert.

In Bayreuth werden Umweltzonen bisher nicht in Erwägung gezogen, aber ein vom Bayerischen Umweltministerium erstellter Luftreinhalteplan schlägt zahlreiche auf die Stadt abgestimmte Maßnahmen vor: von der Förderung des Radverkehrs, dem Einsatz von Erdgasbussen und Busbeschleunigung durch Ampelanlagen und Busspuren bis hin zur Empfehlung, Straßenneubau zu vermeiden.

### Und Bamberg?

Schon mehrmals war Feinstaub das Thema im Bamberger Stadtrat, zuletzt aufgrund eines Antrags der GAL in diesem Jahr. Die Krux in Bamberg ist der Streit um Messergebnisse. Die Messstation des Bayerischen Landesamts für Umweltschutz, die repräsentativ für die Feinstaubbelastung von ganz Bamberg sein soll, liegt seit langem an der Löwenbrücke beim Hallenbad – also an einer nicht allzu befahrenen Straße und direkt in der Frischluftschneise Rhein-Main-Donau-Kanal. Um brauchbarere Erkenntnisse für belastete Straßen in Bamberg zu gewinnen, hat die Stadt deshalb vor Ort mit einem mobilen

Messwagen eigene Messungen vorgenommen. Und die Ergebnisse zeigen: Auch in Bamberg werden höchstwahrscheinlich übers Jahr an einigen Straßen die EU-Grenzwerte überschritten (siehe Tabelle).

Doch das Landesamt für Umweltschutz erkannte diese Messungen nicht an, denn sie waren ja nur punktuell, an 10 bis 35 Tagen im Jahr, und damit nicht hinreichend aussagekräftig. Einen Luftreinhalteplan zu erstellen, weigerte man sich daher bei der Behörde. Immerhin hat man inzwischen erkannt, dass Messungen während des Baus der Löwenbrücke dort nicht mehr erkenntnisbringend sind und eine zweite Station an der Siechenkreuzung installiert.

Die Stadt beschloss unterdessen, den TÜV Süd mit „belastbaren Messungen“ zu beauftragen; Ergebnisse sind Ende des Jahres zu erwarten. Höchstenfalls, und deshalb auch nicht mit Zustimmung der GAL,

denn eigentlich weiß jeder um die Belastung der betroffenen Straßen. Viel wichtiger wäre es deshalb, sofort wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die dort lebenden Menschen zu schützen. Doch je länger man misst, desto mehr Zeit haben die politisch Verantwortlichen, sich um konkretes und vielleicht unpopuläres Handeln zu drücken.

Allerdings ist die Feinstaubbelastung auch nicht mal eben mit links zu reduzieren. Die Sperrung einzelner Hauptverkehrsstraßen ist kaum durchführbar. Nötig wäre ein konsequentes Verkehrskonzept, das den nicht notwendigen Verkehr aus der gesamten Innenstadt fernhält. Dazu braucht es auch keinen neuen Luftreinhalteplan, sondern nur den Griff in mehrere Rathausschubladen, wo umsetzbare Konzepte seit Jahren schlummern. Aber dazu fehlt dem Stadtrat – ebenfalls seit Jahren – der Mut.

us/sys

Messort	Messtage	Überschreitung des Grenzwerts
Marienplatz	25 Tage Feb./März 2006	an 5 Tagen
Memmelsdorfer Straße	21 Tage April/Mai 2006	an 2 Tagen
Friedrichstraße	30 Tage Juli/Aug./Sept. 2006	an 3 Tagen
Kapuzinerstraße	17 Tage im Okt. 2006	an 8 Tagen
Luitpoldstraße	35 Tage im Nov./Dez. 2006	an 7 Tagen
Siechenscheune	23 Tage im Feb. 2007	an 4 Tagen

### Feinstaub

Die feinen Partikel kommen in der Luft vor, die mit Dieselruß, Baustaub oder Abgasen belastet ist. Hauptursachen sind Industrie, Heizungen und Verkehr.

### Gefahren

Die Staubteile sind mikroskopisch klein und gelangen ungehindert in die Lunge, wo sie Entzündungen, Asthma, Wucherungen und Krebs auslösen, in hohen Konzentrationen sogar zum Herzinfarkt führen können.

### Grenzwert

Seit Januar 2005 darf nach einer EU-Richtlinie die Konzentration von Feinstaub eine Menge von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Tagesmittel nicht öfter als an 35 Tagen im Jahr überschreiten.